

STADT BIBERACH

Kämmereiamt

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 30.09.2009

1. Ausgangssituation

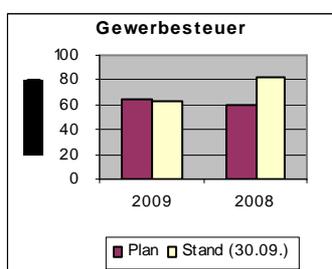
Die vom Gemeinderat am 18.12.2008 beschlossene Haushaltssatzung 2009 wurde am 20.01.2009 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 02.02.2009 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

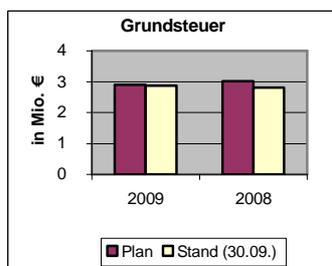
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

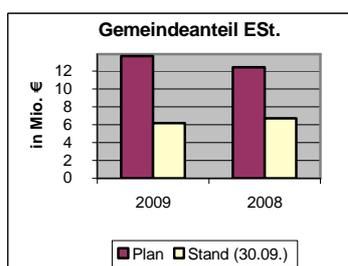


Wie bereits im letzten Quartalsbericht dargelegt, liegen die Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2009 zum ersten Mal seit Jahren unter dem Planansatz (65,00 Mio. €). Nachdem alle großen Biberacher Gewerbesteuerzahler in einer ersten Runde im Frühsommer die Vorauszahlungen herabgesetzt haben, hoffen wir, dass wir zum Jahresende doch noch ein Aufkommen von 60,00 Mio. € erreichen und damit den Ausfall auf 5,00 Mio. € begrenzen können. Aktuell beläuft sich die Gewerbesteuer auf 62,62 Mio. €. Hiervon sind noch ausstehende Anpassungen aus Vorauszahlungen der zweiten Runde sowie uneinbringlicher Forderungen aufgrund von Insolvenzen in bisher einmaliger Höhe in Abzug zu bringen (Dr. Nr. 190/2009). Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 12,00 Mio. € ergibt sich zum Jahresende vermutlich ein Nettoaufkommen von 48,00 Mio. €.



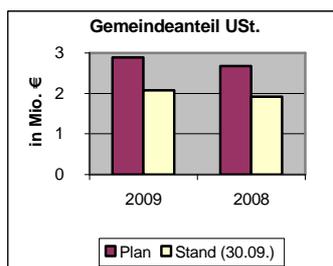
Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** sind planmäßig. Die **Grundsteuer B** weist derzeit noch Wenigereinnahmen auf, die jedoch durch noch ausstehende Neu- und Nachveranlagungen bis zum Jahresende voraussichtlich ausgeglichen werden können.

Die übrigen Steuereinnahmen verlaufen ebenfalls weitgehend planmäßig. Bei der **Vergnügungssteuer** rechnen wir bis zum Jahresende mit Mehreinnahmen von ca. 300.000 €. Diese resultieren aus der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen neuen Satzung, in der sich die Spielautomatenbesteuerung am tatsächlichen Einspielergebnis und nicht mehr nach einer Pauschale pro aufgestelltem Gerät bemisst. Allerdings haben alle Spielhallenbetreiber zwischenzeitlich Klage beim Verwaltungsgericht Sigmaringen eingereicht.



Beim **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** gehen wir zwischenzeitlich von einem Landesaufkommen von 3,60 Mrd. € aus, was Mindereinnahmen in Höhe von rund 2,51 Mio. € zur Folge hat. Die Mai-Steuerschätzung des Landes, die noch von einem Aufkommen von 4,10 Mrd. € ausgegangen war, ist u. E. durch die aktuelle konjunkturelle Lage überholt. Wir gehen davon aus, dass die November-Steuerschätzung deutlich nach unten gehen wird.

Auch die vom Bund zur Sicherung der Beschäftigung und der Stabilität beschlossenen Konjunkturprogramme wirken sich hier negativ aus.



Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** sind die Einbrüche aufgrund der Mai-Steuerschätzung verhalten. Bei einem Aufkommen von 490 Mio. €, sind das für Biberach aktuell Wenigereinnahmen von rund 50.000 €. Auch hier wird die November-Steuerschätzung letztendlich zeigen, ob diese Annahmen noch zu optimistisch waren.

Bei den **Schlüsselzuweisungen** und beim **Familienleistungsausgleich** ist aufgrund von reduzierten Kopfbeträgen für das Jahr 2009 mit Wenigereinnahmen von ca. 115.000 € insgesamt zu rechnen. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen planmäßig.

Bei den **Gebühren und Entgelten** kommt es aufgrund größerer Baumaßnahmen zu höheren Einnahmen aus den Baugenehmigungsgebühren von 150.000 €. Bei den Parkgebühren ist nach Angaben des Ordnungsamtes mit Einnahmeausfällen von ca. 115.000 € zu rechnen, da durch zahlreiche Baumaßnahmen im Innenstadtbereich vorübergehend gebührenpflichtige Parkplätze entfallen sind.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** für die städtischen Gebäude wird von einem weitgehend planmäßigen Verlauf ausgegangen. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu Wenigereinnahmen in Höhe von ca. 67.000 € durch Rückerstattungen für das Jahr 2008.

Aufgrund der rückwirkenden Neuregelung der **Kindergarten- und Kleinkindförderung** des Landes kommt es hier zu Mehreinnahmen von rund 360.000 €. Dem stehen jedoch deutlich höhere Ausgaben gegenüber. Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Die Pro-Kopf-Beträge für das Jahr 2009 sind - mit Ausnahme der Grundschulförderklasse - bei allen Schularten etwas höher als geplant. Dies führt aber nicht zu nennenswerten Mehreinnahmen.

Aufgrund der Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank sind die Zinssätze für Geldanlagen seit Oktober 2008 im Keller. Dennoch erwarten wir bei den **Zinsen aus Geldanlagen** gegenüber der Planung ein um ca. 850.000 € verbessertes Ergebnis, weil die Entnahmen aus der Rücklage nicht im geplanten Umfang in Anspruch genommen wurden. Aufgrund der aktuellen Lage am Finanzmarkt werden Geldanlagen derzeit eher kurzfristig angelegt, um einerseits im Falle von möglichen Liquiditätsengpässen sofort reagieren zu können und um andererseits eine rasche Reaktionsmöglichkeit auf eine veränderte Finanzmarktlage zu besitzen.

Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde.

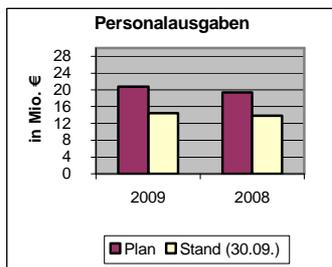
Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen im Rahmen der Planung.

Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen derzeit um rund 3,55 Mio. € über dem Planansatz. Dies resultiert aus Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen des Finanzamtes, die bis in die Mitte der 90er-Jahre zurückreichen und hohe Nachzahlungszinsen zur Folge haben. Gleichzeitig liegen auch die Erstattungs-zinsen über dem Planansatz. Da die Vollverzinsung überhaupt nicht planbar ist, wird sich zeigen, ob aufgrund von weiteren Betriebsprüfungen in den Folgejahren zusätzlich noch Erstattungs-zinsen seitens der Stadt zu leisten sind.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** ist mit einem planmäßigen Verlauf zu rechnen.

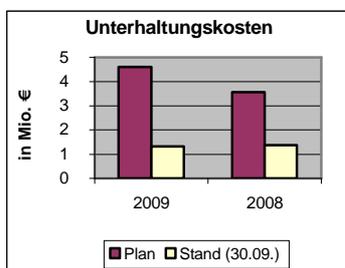
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben

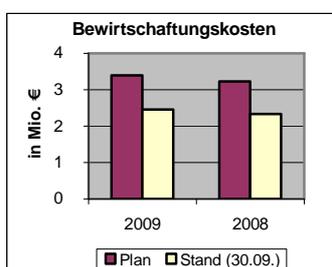


Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt auf der Basis der Hochrechnung vom August davon aus, dass die eingeplanten Mittel nicht überschritten werden.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2009 sind sowohl die Rückstellungen für Altersteilzeit als auch die Pensions- und Beihilferückstellungen berücksichtigt, allerdings liegen für das Jahr 2009 noch keine Hochrechnungen über die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen vor. Diese Zahlen werden erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband ermittelt.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** geplanten Maßnahmen verläuft nach Angaben des Gebäudemanagements weitgehend planmäßig. Aufgrund der angespannten Haushaltslage halten wir es für sinnvoll, noch nicht begonnene und weniger wichtige Maßnahmen im Umfang von 240.000 € zu schieben und als Kompensation für die Gewerbesteuer-ausfälle heranzuziehen. Dasselbe gilt auch im Bereich des Tiefbaus. Die geplanten Einsparungen sind im Einzelnen in der Dr. Nr. 194/2009 dargelegt.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 72,21 % (Vorjahr: 72,42 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Gebäudemanagements kann mit Einsparungen von ca. 210.000 € aufgrund von Gaspreissenkungen und einer in der Planung nicht berücksichtigten Reduzierung des Abwasserpreises gerechnet werden.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 46,00 % (Vorjahr: 42,38 %) bewirtschaftet. Wir rechnen in diesem Bereich mit möglichen Einsparungen von ca. 70.000 €.

Bei den **Zuschüssen für laufende Zwecke** ist nach Angaben des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport aufgrund von Tarifsteigerungen mit Mehrausgaben bei den Abmangelbeteiligungen an die kirchlichen Träger in Höhe von 175.000 € zu rechnen. Auch bei der Bezuschussung der Kleinkindbetreuung ist mit Mehrausgaben zu rechnen, die teilweise durch die Mehreinnahmen beim Finanzausgleich kompensiert werden können. Der Anteil an der Oberflächenentwässerung reduziert sich um 120.000 €. Die Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt wurde auf 2010 verschoben, so dass in diesem Jahr 50.000 € eingespart werden.

Bedingt durch die Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Wenigerausgaben von ca. 1,20 Mio. € ab. Dagegen verläuft die **Kreisumlage** planmäßig.

Bei der **Finanzausgleichsumlage** an das Land ergeben sich Mehrausgaben von rund 200.000 €, da zu befürchten ist, dass die Bemessungsgrundlage in der November-Steuerschätzung reduziert wird.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 366.036 € (Vorjahr: 509.349 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt, davon 58.000 € für die Luftbefeuchtung der Stadthalle (Dr. Nr. 170/2009). Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Das Abmangelbudget im Kulturbereich beträgt dieses Jahr 3,495 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Kulturbudget im Jahr 2009 um 100.000 € erhöht. Ein jährlicher Zuwachs erfolgt über die tariflichen Personalkostensteigerungen.

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 67,73 % (Vorjahr: 69,28 %) und auf der Ausgabenseite zu 70,42 % (Vorjahr: 74,61 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2008 wurde erstmals seit Einführung des Kulturbudgets ein Defizit in Höhe von 61.834,03 € (Vorjahr: Überschuss 289.594,95 €) übertragen, das im Budgetzeitraum 2009 und 2010 ausgeglichen werden muss. Der Stand der Bewirtschaftung beim Kulturbudget liegt derzeit im Rahmen der Planung.

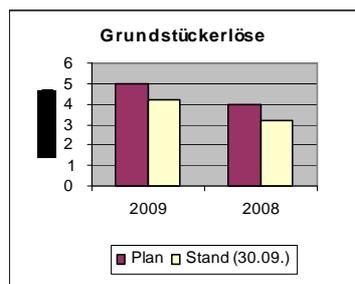
Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitestgehend planmäßig.

Im Jahr 2009 sind **Tilgungsleistungen** der Stadtwerke Biberach GmbH für Darlehensgewährungen seitens der Stadt in Höhe von 150.000 € eingegangen, die zu entsprechenden Mehreinnahmen führen.



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 84,42 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet (Vorjahr: 79,88 %). Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes wird der Planansatz zum Jahresende erreicht.

Der Bewirtschaftungsstand der **Erschließungsbeiträge** liegt aktuell bei 103,48 % (Vorjahr: 153,37 %). Bis zum Jahresende rechnen wir aufgrund weiterer Grundstücksverkäufe mit voraussichtlichen Mehreinnahmen von rd. 260.000 €. Bei den **Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen** sind bereits 146,07 % des Planansatzes eingegangen. Hier werden voraussichtlich 65.000 € über dem Planansatz vereinnahmt. Die **Ablösebeiträge** für Kfz-Stellplätze liegen trotz beschlossener Reduzierung im Moment bei 110 % des Ansatzes.

Der eingeplante **Landeszuschuss** für den Klassentrakt bei den Gymnasien wurde mittlerweile bewilligt; ebenso die Erweiterung der Gaisental-Grundschule. Die Zuschüsse für die Außensanierung der Pflugschule werden dieses Jahr wohl nicht mehr bewilligt, mit der Folge eines Einnahmeausfalls im Jahr 2009 von 755.000 €.

Aufgrund der geänderten Finanzierung der Maßnahme Sanierung Bahnsteige wird die Maßnahme doch über die Bahn abgewickelt. Die Stadt hat daher nur ihren Eigenanteil zu tragen. Die ausfallenden Zuschüsse von 1,05 Mio. € sind haushaltsneutral, da entsprechende geringere Ausgaben gegenüber stehen.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind im ersten Halbjahr rund 544.343 € eingegangen; somit stehen hier noch ca. 156.000 € aus, die 2009 nicht mehr bewilligt werden. Diese Wenigereinnahmen sind aber haushaltsneutral, da sich die Ausgaben an das Treuhandvermögen entsprechend reduzieren. Die Maßnahmen werden durch die Stadt vorfinanziert. Sollten die Zuschüsse nicht wie geplant in den nächsten Jahren eingehen, ist hier mit einer Deckungslücke zu rechnen (Dr. Nr. 90/2009).

2.2.2 Ausgaben

Im Rahmen der Anlagestrategie für Geldanlagen wurde vom Gemeinderat beschlossen, dass der Stadtwerke Biberach GmbH Darlehen zu marktüblichen Konditionen gewährt werden können (Drucksache Nr. 94/2009). Bis zum 4. Quartal wurden den

Stadtwerken 4,50 Mio.€ zur Verfügung gestellt, die in den Folgejahren an die Stadt zurückfließen.

Nach Aussage des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2009 beim **Grunderwerb** so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe getätigt werden können. Entgegen der Annahme im letzten Bericht werden auch noch die 2,00 Mio.€ benötigt, die als Haushaltsrest aus dem Jahre 2008 übertragen wurden. Dafür wurde der Planansatz 2010 entsprechend reduziert.

Beim **Erwerb von beweglichen Sachen** können bis zum Jahresende voraussichtlich ca. 80.000 € eingespart werden.

Bei den **Baumaßnahmen** kommt es zu Einsparungen in Höhe von 1,45 Mio.€. Dadurch, dass die Schlusszahlungen der IZBB-Maßnahme an den Gymnasien weitestgehend im Vorjahr geleistet wurden, bleiben die Ausgaben ca. 200.000 € hinter dem Planansatz von 250.000 € zurück. Die eingestellten Mittel in Höhe von 100.000 € für die Sanierung der Friedhofsmauer des evangelischen Friedhofs werden nicht benötigt (Dr. Nr. 84/2009). Die Fluchttreppen am Wieland-Gymnasium konnten um 100.000 € günstiger als geplant umgesetzt werden. Ebenso ergeben sich Wenigerausgaben durch die geänderte Finanzierung der „Erhöhung der Bahnsteige“ in Höhe von 1,05 Mio. €, die sich aber nicht auf den Haushalt auswirken.

Aus Sicht der Verwaltung bestehen weitere Einsparpotenziale im Bereich der Baumaßnahmen von über 860.000 €, die in der Beschlussvorlage Dr. Nr. 194/2009 detailliert beschrieben sind.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt 1.430.701 € (Vorjahr: 1.088.078 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen allein 1,00 Mio. € auf die Wieland-Stiftung (Dr. Nr. 69/2008), 120.000 € auf die Sanierung der PG-Halle im Rahmen des Konjunkturpakets II (Dr. Nr. 120/2009) sowie 60.000 € auf die Querungshilfe in der Berghauser Straße (Dr. Nr. 49/2009). Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Konjunkturpaket

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms des Bundes („Konjunkturpaket II“) erhält die Stadt Biberach insgesamt Zuwendungen in Höhe von 2.266.671 €. Die Stadt Biberach hat einen Eigenanteil in Höhe von 25 % an den Maßnahmen zu übernehmen, was 823.958 € entspricht. Im Jahr 2009 werden davon voraussichtlich 280.000 € benötigt. Zwischenzeitlich sind die Planungen für einen Großteil der Maßnahmen abgeschlossen und entsprechende Aufträge erteilt.

Die einzelnen Maßnahmen wurden im letzten Bericht zur Haushaltslage (Dr. Nr. 137/2009) ausführlich dargestellt.

4. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

5. Zusammenfassung, Ergebnis

Wie bereits im Bericht zum 30.06.09 prognostiziert, sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch in Biberach deutlich zu spüren. Zu der negativen Entwicklung bei der Gewerbesteuer kommen Einnahmeausfälle im Bereich der Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer hinzu. Auch die vom Staat zur Stabilisierung der Wirtschaft getroffenen Maßnahmen spiegeln sich in reduzierten Zuweisungen für die Kommunen wider. Wir gehen deshalb davon aus, dass in der November-Steuerschätzung die bisherigen Annahmen des Landes deutlich nach unten korrigiert werden.

Nach derzeitiger Einschätzung kann die geplante Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in Höhe von 3,62 Mio. € nur noch dann erwirtschaftet werden, wenn bei der Gewerbesteuer keine weiteren Einbrüche erfolgen und durch zusätzliche Einsparungen die Ausfälle kompensiert werden. Wichtig ist auch, welche weiteren Ausfälle über die November-Steuerschätzung noch kommen. Derzeit rechnen wir allerdings damit, dass das Ergebnis des Verwaltungshaushalts zwischen 0 € und + 2,0 Mio. € liegen wird, was eine Verschlechterung gegenüber der Planung von 3,6 - 1,6 Mio. € bedeutet.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass Zuschussausfälle über geringere Bauausgaben und die dargelegten Einsparmaßnahmen ausgeglichen werden können. Allerdings kann der Vermögenshaushalt durch die geringere oder fehlende Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt und die in der Haushaltsplanung nicht vorgesehene Darlehensgewährung an die Stadtwerke nur über eine zusätzliche Rücklagenentnahme ausgeglichen werden. Nach derzeitiger Prognose beträgt diese zusätzliche Rücklagenentnahme zwischen 5,6 - 7,6 Mio. € und würde sich damit insgesamt in einer Größenordnung von 14,8 - 16,8 Mio. € bewegen.

Die noch zum Zeitpunkt der Haushaltsplanberatung 2009 weitgehend positive Einschätzung der Haushaltslage für 2009 ist mittlerweile überholt. Im Haushalt der Stadt Biberach sind seit Jahren der überaus positiven Entwicklung erstmals wieder deutliche Abwärtsbewegungen zu verzeichnen, die sich aus heutiger Sicht zumindest mittelfristig weiter fortsetzen werden. Insbesondere der defizitäre Verwaltungshaushalt und das ehrgeizige Investitionsprogramm wird uns, der Verwaltung und dem Gemeinderat, bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 viel Disziplin im verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern abverlangen.

Wie bereits im letzten Bericht angekündigt, hat sich die Verwaltung auf Einsparvorschläge verständigt, die dem Gemeinderat in einer separaten Vorlage Dr. Nr. 194/2009 unterbreitet werden. Durch den Verzicht auf entsprechende Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt kann die zusätzliche Rücklagenentnahme reduziert werden. Die Einsparungen wurden in den Ergebnisprognosen bereits berücksichtigt.

6. Änderungen für die mittelfristige Finanzplanung

Von den Ämtern wurden uns, abgesehen von den bereits dargestellten Maßnahmen, bislang keine wesentlichen Änderungen zur mittelfristigen Finanzplanung mitgeteilt.

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wirken sich in Biberach mit voller Wucht ab dem Jahr 2010 aus. Beim Gewerbesteueraufkommen rechnen wir in den folgenden Jahren nur noch mit 45,00 Mio. €, das entspricht einem Netto-Aufkommen von 35,45 Mio. € - also rund 12,50 Mio. € weniger - und damit kann der Verwaltungshaushalt - trotz großer Einsparbemühungen - nicht mehr ausgeglichen werden.

Baden-Württemberg wird als exportstarkes Land und damit auch Biberach von den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise stärker betroffen sein als andere Bundesländer oder Städte. Hinzu kommen die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform 2008 die sich mit zeitlichem Verzug ebenfalls ab 2010 besonders bemerkbar machen. Auch hier sind die Ausfälle für Biberach weitaus größer, als zunächst angenommen werden konnte. Hinzu kommen zusätzliche Belastungen durch die Konjunkturprogramme, die zwar mit hohen Zuschüssen Investitionen hervorrufen, die im Umkehrschluss teilweise zumindest von den Kommunen wieder mitfinanziert werden müssen und daher kritisch zu sehen sind.

Das ehrgeizige Investitionsprogramm für die nächsten Jahre muss daher unter den aktuellen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu diskutiert werden. Eine völlige Abschmelzung der Liquiditätsreserve ist nicht akzeptabel. Es wird daher eine Rückbesinnung auf das Wesentliche unter klarer Prioritätensetzung unumgänglich sein. Nur dann können wir das Schiff Stadt Biberach halbwegs sicher durch die Krise steuern.

Leonhardt